

Meine Woche im Bayerischen Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Woche haben wir Grund zum JuBeLn! Denn wir haben gleich mehrere Anträge unter dem griffigen Etikett **„JuBeL-Paket“ für JugendBeteiligung auf Landesebene** auf den Weg gebracht. Ziel des Antragspakets: die Jugendbeteiligung im demokratischen Prozess stärken und so mittelfristig für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Kommunalwahlen sorgen. Denn wir sind überzeugt: Die Jüngeren in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, am demokratischen Dialog beteiligt zu werden. Die kommunale Ebene ist hierfür geradezu prädestiniert, da sie das unmittelbare Lebensumfeld der jungen Menschen betrifft. **Mit 16 Jahren sind Jugendliche alt genug, um mitbestimmen zu können.** Wir sehen ja bei den „Fridays For Future“-Protesten, dass junge Menschen durchaus in der Lage sind, sich eine Meinung zu bilden und dafür einzutreten. Da sich eine Änderung des aktiven Wahlrechts aufgrund des dafür erforderlichen Volksentscheids frühestens bis zur Kommunalwahl 2026 realisieren lässt, wollen wir die Zeit bis dahin nutzen, um junge Menschen auf ihr Wahlrecht adäquat vorzubereiten. Konkret wollen wir das Jugendehrenamt fördern, die außerschulische Jugendarbeit intensivieren und die Jugendringe stärken.



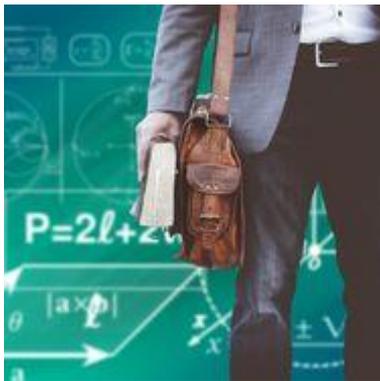
*Wolfgang Hauber, MdL
Innenpolitischer Sprecher*

Zudem setzen wir uns für eine flächendeckende Stärkung der Jugendparlamente, eine Intensivierung der politischen Bildung als Extremismus-Prävention und eine Weiterentwicklung der Landeszentrale für politische Bildung ein.

Rückblick



Nach dem entsetzlichen Anschlag auf die Synagoge in Halle haben wir FREIE WÄHLER klar Position bezogen und unsere Solidarität mit der jüdischen Gemeinde in ganz Deutschland ausgedrückt. In der Aktuellen Stunde des Landtags haben wir deutlich gemacht, dass wir Antisemitismus, Fremdenhass und Rassenwahn als Geißeln der Menschheit verstehen, die in einer modernen, offenen und aufgeklärten Gesellschaft keinen Platz haben dürfen. Wir müssen entschieden und mit allen rechtsstaatlich zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen vorgehen. Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine klar definierte Strafverschärfung ein. Darüber hinaus müssen wir **die politische Bildung in Deutschland stärken**, um schon den Jüngsten aufzuzeigen, in welche Katastrophe uns nationalsozialistische Rassenideologie und Judenhass in der Vergangenheit geführt haben.



Derzeit gibt es im **Studienfach Medizin** deutschlandweit nahezu fünfmal so viele Bewerber wie Studienplätze – trotz des anhaltenden Ärztemangels. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das vor allem auf die Abschaffung der Wartelistenplätze abzielte, haben wir jetzt die Möglichkeit, **im Bayerischen Hochschulzulassungsgesetz** neben der Abiturnote **zusätzliche Kriterien bei der Studienplatzvergabe stärker zu berücksichtigen**. Weil wir schon lange überzeugt sind, **dass ein sehr gutes Abitur allein noch keinen guten Arzt macht**, werden bei der Zulassung künftig eine einschlägige Berufsausbildung und der Studieneignungstest deutlich stärker gewichtet. Mit dem neuen Hochschulzulassungsgesetz kann tatsächlich ein relevanter Anteil an Personen zugelassen werden, von denen aufgrund ihrer fachspezifischen Neigung und Eignung ein erfolgreicher Studienabschluss zu erwarten ist.



Und wir tun noch mehr für junge Menschen im Freistaat: Diejenigen, die von ihrer Familie nicht die Unterstützung erhalten können, die sie für ihr Heranwachsen und ihre Entwicklung brauchen, benötigen die Unterstützung unserer Gesellschaft. Deshalb wollen wir die **Kinder- und Jugendhilfe** gemeinsam mit unserem Koalitionspartner

weiter ausbauen. Jugendämter, freie Träger und im Ehrenamt engagierte Bürger sollen jungen Menschen auf diese Weise ein selbstbestimmtes Leben durch einzelfallbezogene qualifizierte Hilfsplanung ermöglichen. So soll das Übergangsmanagement im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe verbessert werden, sodass es Jugendlichen erleichtert wird, eine eigene Wohnung bzw. eine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle zu finden. Für vollstationäre Leistungen der Jugendhilfe sollen die Betroffenen künftig maximal 50 Prozent ihres Einkommens einsetzen müssen, um mehr von ihrem Lohn behalten zu können.



Den Charakter unserer schwarz-orangen Familienkoalition unterstreicht der **Gesetzentwurf der Staatsregierung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.** Denn Privat- und Berufsleben optimal zu vereinen, ist das Ziel, **das wir FREIE WÄHLER uns für Beschäftigte im öffentlichen Dienst gesteckt haben.** Mit

dem geplanten Gesetz nimmt der Freistaat deutschlandweit **eine Vorreiterrolle** in Sachen Familienfreundlichkeit ein. Mit diesem Gesetz tragen wir also nicht nur den **Erfordernissen einer modernen Arbeitswelt Rechnung**, sondern erhöhen gleichzeitig die **Attraktivität des öffentlichen Dienstes und sichern dessen Zukunftsfähigkeit.**

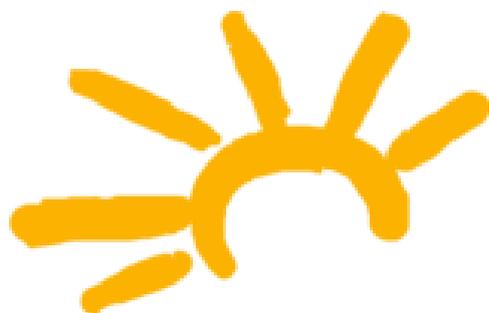


Zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zählt für uns auch der **kontinuierliche und qualitativ hochwertige Ausbau der Ganztagsbetreuung**. Besonders wichtig ist uns dabei, die **kulturelle Bildung im Ganztag zu verankern**. Mit einem Antrag haben wir die Staatsregierung deshalb aufgefordert, zu überprüfen, wie kulturpädagogische Angebote an bayerischen Ganztagschulen stärker gefördert werden können und inwiefern die Mittel des Bundesprogramms „Kultur macht stark“ für entsprechende Angebote und Wahlkurse im Ganztagsbereich genutzt werden können. Denn für uns FREIE WÄHLER gehören Arbeitsgemeinschaften, Förder- und Freizeitangebote sowie kulturelle Angebote zu einem attraktiven Ganztag dazu. Unabhängig vom familiären Hintergrund und Wohnumfeld können Kinder und Jugendliche die Chance erhalten, Kunst, Kultur und künstlerische Projekte kennenzulernen. **So leistet der Ganztagsbereich einen wichtigen Beitrag, um die kulturelle Teilhabe in Bayern zu stärken.**



Eingesetzt haben wir uns auch für unsere Landwirte: Weil wir wissen wollen, wie unser Grundwasser besser vor Nitratbelastungen geschützt werden kann, haben wir einen Bericht der Staatsregierung zur Reduzierung von Nitratreinträgen angefordert. Schon heute gibt es verschiedene Techniken, um **übermäßige Emissionen** zu verhindern: So können das Separieren von Gülle und computergestützte Ausbringetechniken einen bedeutsamen Beitrag leisten, um die Nitratbelastung der Böden erheblich zu reduzieren. Allein: Diese Maßnahmen sind mit einem hohen Investitionsaufkommen verbunden und für kleinere bayerische Betriebe nur schwer zu realisieren. Die Staatsregierung soll deshalb berichten, welche weiteren Möglichkeiten es gibt, um den Nitratreintrag ins Grundwasser zu reduzieren.

Außerdem möchten wir wissen, inwieweit hierzu Versuche der Landesanstalt für Landwirtschaft und des Landesamts für Umwelt durchgeführt werden und welche Förderprogramme angeboten werden, um Bayerns Landwirte bei der Einführung alternativer Düngetechniken finanziell zu unterstützen.



Unterstützen wollen wir auch unsere bayerische Wirtschaft. Dass diese für die Zukunft so hervorragend aufgestellt ist, ist in erheblichem Maße das Verdienst von Staatsminister Hubert Aiwanger. Besonders sein unermüdliches Engagement in Berlin wird langfristig dazu beitragen, dass der **Freistaat auch in Zukunft prosperiert.**

Wo wir darüber hinaus auf Landesebene handeln können, tun wir FREIE WÄHLER das mit einem Räderwerk ineinandergreifender Programme und Maßnahmen. Dabei verfolgen wir gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium eine **Strategie, die auf fünf Säulen fußt:** der zügige Auf- und Ausbau der Digitalisierung, die Entwicklung neuer Industrien, der Erhalt bzw. die Rückverlagerung von Produktion nach Bayern, eine sichere und bezahlbare Energieversorgung sowie die Fachkräftesicherung. So sorgen wir dafür, **dass sich der Freistaat immer wieder neu erfinden kann, um Motor des Wandels zu bleiben.**

Unterwegs in Mittelfranken

Das **Gasthaus Pamer aus Pleinfeld** wurde auf der Burg Trausnitz in Landshut am 14. Oktober als **„Musikantenfreundliches Wirtshaus“** von Staatsminister Albert Füracker ausgezeichnet. Neben meiner Landtagskollegin Jutta Wittmann nahmen auch die Bezirkstagsvizepräsidentin Christa Naas und der 3. Bürgermeister des Marktes Pleinfeld am Festakt teil. **Ich gratuliere ganz herzlich den Wirtsleuten Pamer-Lutz.**



Bürgerinitiative „Rote Karte für STRABS“ übergibt Spendenscheck an die Bürgerstiftung

In den Räumlichkeiten der Raiffeisenbank Weißenburg übergab MdL Wolfgang Hauber, einen Spendenscheck von der Bürgerinitiative „Rote Karte für STRABS“ an den Vorsitzenden der Bürgerstiftung des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen, Wilfried Wiedemann.

Die Spende betrug € 322,54 und war der noch übrige Restbetrag aus der Spendensammlung der Bürgerinitiative. **MdL Wolfgang Hauber: „Unsere Bürgerinitiative „Rote Karte für STRABS“ war eine bayernweite und parteienübergreifende Erfolgsgeschichte, welche wir jetzt mit der heutigen Spendenübergabe abgeschlossen haben.“**



Im Bild sehen Sie (v.l.): Hermann Drummer (Bürgerinitiative), Martin Rufertshöfer (zentrale Diakonie), Wilfried Wiedemann (Vorstandsvorsitzender Raiffeisenbank Weißenburg-Gunzenhausen und Stiftungsrat der Bürgerstiftung), MdL Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER Landtagsfraktion) Reinhardt Ebert (ÖDP), Manuela Mühlöder (Bürgerinitiative und FREIE WÄHLER Weißenburg), Thomas Geilhardt (FDP).

Am 16. Oktober besuchte ich die **Messe „KOMMUNALE“** in Nürnberg. Zwei unserer Minister von den Freien Wählern, der Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie und stellvertretender Ministerpräsident **Hubert Aiwanger** und der Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz **Thorsten Glauber** statteten der Messe ebenso einen Besuch ab. Bei unserem gemeinsamen Rundgang mit FW-Kollegin Gabi Schmidt gab es einige interessante Neuheiten und Innovationen von über 390 Ausstellern, rund um öffentliche Verwaltung und Kommunalbedarf zu sehen.



Das war´s soweit für heute. Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie ein schönes Wochenende und erfolgreiche nächste Woche!



Ihr Wolfgang Hauber

Impressum

Wolfgang Gräf, Presse, Medien & Kommunikation, Bürgeranfragen

V.i.S.d.P.:

Abgeordnetenbüro Wolfgang Hauber

Innenpolitischer Sprecher

Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag

Bahnhofstraße 19, 91781 Weißenburg

Tel.: 09141 / 99 70 170, Fax: 09141 / 99 70 172

Email: wolfgang.hauber@fw-landtag.de

Homepage: www.mdl-wolfgang-hauber.de

Facebook: www.facebook.com/hauberwolfgang/

Instagram: www.instagram.com/hauberwolfgang/

Twitter: www.twitter.com/@HauberHauwei
